

Antrag 140/II/2025**FA XI - Mobilität**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Laissez-faire in Mobilität und Straßenverkehr beenden - Regeln einhalten und Verstöße sanktionieren

- 1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-Mitglieder des Senats werden aufgefordert, mit folgenden Maßnahmen die Mobilitäts- und Verkehrssicherheit umgehend und nachhaltig in Berlin zu verbessern.
- 5
- 6 Verbesserung technischer und administrativer Aspekte
 - 7 1. Flächendeckender Ausbau stationärer und mobiler Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung aller Mobilitätsteilnehmenden. Umfangreicher Einsatz geeigneter technischer Maßnahmen gegen unnötigen Lärm im Straßenverkehr.
 - 12 2. Ermöglichung von Scan-Cars zur Parkraumkontrolle (über eine landesgesetzliche Lösung).
 - 14 3. Anpassung der Parkgebühren (Parktickets & Anwohnendenparkausweise) im Rahmen eines landesweiten Parkraummanagement-Konzepts. Dabei wird eine Geltung von Anwohnendenparkausweisen für mehrere Zonen abgelehnt.
 - 19 4. Ende der Toleranz gegenüber dem Parken von Kraftfahrzeugen auf dem Gehweg, wo es nicht explizit vorgesehen ist (u.a. die sog. „Berliner Linie“ für motorisierte Zweiräder).
 - 23 5. Kontrolle von Baustelleneinrichtungen, so dass für alle Mobilitätsteilnehmenden eine sichere Baustellenumfahrung möglich ist
- 26
- 27 Verbesserung von Kenntnissen der Mobilitätsteilnehmenden
 - 29 1. Konzeption und Durchführung einer mehrjährigen Sach-Kampagne, die digital und analog die geltenden Verkehrsregeln des fließenden und ruhenden Verkehrs für alle Arten von Fahrzeugen stadtweit allen Berlinerinnen und Berlinern sowie Gästen vergewährt (Anzeigen, Bürgerforen, Informationsstände, Broschüren für verschiedene Verkehrsträger, etc.). Kommerzielle Mobilitätsanbieter sind einzubeziehen.
 - 38 2. Die Bekanntheit und Nutzung der Ordnungsamt-App sollen gestärkt werden.
- 40
- 41 Effizienzsteigerungen staatlicher Akteure
 - 42 1. Aufstockung der Radstaffeln der Berliner Polizei und deren Einsatz im gesamten Stadtgebiet inklusive entsprechender Ausrüstung sowie entsprechend der übrigen Berliner Polizei.
 - 46 2. Ermöglichung der Aufstockung des Personals der Ordnungsämter und insbesondere der Verkehrsüberwachungsdienste sowie der Bußgeldstelle

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 samt deren jeweils entsprechenden Ausstattung.

50

51

52 **Begründung**

53 Mobilitäts- und Verkehrssicherheit sind in aller Munde,
54 oft verbunden mit dem Schlagwort der Vision Zero. Tat-
55 sächlich stieg zuletzt die Zahl der Verkehrstoten und -
56 verletzten in Berlin. Häufig sind Regelverstöße ursäch-
57 lich für Unfälle und Schäden. Diese Regelverstöße werden
58 aber politisch bislang nicht ausreichend angegangen.

59

60 Vielfach drängt sich der Eindruck auf, Regeln würden nicht
61 gekannt oder aktiv ausgeblendet – egal ob in einem Au-
62 to oder auf einem Zweirad. Bürgerinnen und Bürger er-
63 warten zu Recht, dass Verkehrsregeln eingehalten wer-
64 den. Nicht nur schutzwürdige Nutzendengruppen werden
65 durch die Regelverstöße gefährdet, sondern auch deren
66 Verursachende.

67

68 Regeln sind aber nur dann sinnvoll, wenn sie umgesetzt
69 oder kontrolliert werden. Aus dem Bestand heraus ist dies
70 kaum möglich. Die daher in diesem Fall geforderten zu-
71 sätzlichen Investitionen in Technik und Personal können
72 sich zugleich durch Bußgelder und Verwaltungsgebühren
73 mindestens refinanzieren.

74

75 Die obigen Maßnahmen vereinen Anreize und Lenkung.
76 Sie können derzeit bestehende Nutzungskonkurrenzen
77 entschärfen. Die SPD kann damit ihr Versprechen der
78 Mobilitäts- und Verkehrssicherheit mit Leben füllen. Es ist
79 für eine Mehrheit der Mitmenschen nicht nur Gefährdung
80 und Ärgernis, sondern auch Zeichen, ob „die Stadt läuft“
81 und „Politik für die Menschen“ gemacht wird. Es ist an der
82 Zeit, das Laissez-faire zu beenden. Damit tritt die SPD für
83 Recht und Freiheit ein und kann Respekt und Gerechtig-
84 keit betonen.